

# Luzerner Zeitung

Samstag, 27. Mai 2017

AZ 6002 Luzern | Nr. 122 | Fr. 3.50 | € 4.- www.luzernerzeitung.ch



**French Open**  
Rafael Nadal könnte zum  
10. Mal Roland-Garros  
gewinnen. 33

## Industrieländer auf Kollisionskurs

**G7-Gipfel** Die Gruppe der sieben führenden Industrieländer (G7) kämpft angesichts schwerer Differenzen mit den USA um den Zusammenhalt des Bündnisses. Beim G7-Gipfel blieben die USA auf Konfrontationskurs zu den anderen sechs Staaten.

In der umstrittenen Klima- und Handelspolitik zeichnete sich zu Beginn des zweitägigen Treffens keine gemeinsame Linie ab. Wegen der anhaltenden Blockade der Trump-Regierung scheiterte Gastgeber Italien auch mit dem Vorstoss für einen Plan zur Bewältigung der Flüchtlingskrise. Einigkeit wurde zumindest im Antiterrorkampf erreicht. (sda)

Kommentar 6. Spalte

7

## Schuldenbremse ist unantastbar

**Luzern** Will der Kanton dieses Jahr ein rechtskonformes Budget, bleibt ihm nur das Sparen: Rund 40 Millionen Franken müssen Regierung und Kantonsparlament bis Mitte September aufreiben. Eine weitere Lockerung der Schuldenbremse ist für dieses Jahr nicht möglich: Zu lange würde der politische Prozess dauern, wie Hansjörg Kaufmann, Leiter der kantonalen Dienststelle Finanzen, erklärt. Die Schuldenbremse wurde zuletzt auf den letzten Dezember hin gelockert. Verabschiedet das Parlament nun ein Budget, das nicht rechtskonform ist, hätte das eine staatsrechtliche Krise zur Folge, wie ein Experte erklärt. (avd)

19

## Eigenmietwert im Visier

**Immobiliensteuer** Der Hauseigentümerversand (HEV) unternimmt einen neuen Versuch, die Besteuerung des Eigenmietwertes aus der Welt zu schaffen. Er gibt sich kompromissbereit und würde für einen Systemwechsel auf den steuerlichen Abzug für Unterhaltskosten auf Bundesebene verzichten. Bisher beharrte der HEV stets auf diesen Abzügen. «Wir wollen die Situation deblockieren», sagt Brigitte Häberli, Vizepräsidentin des Verbandes. Zurzeit ist die Änderung des Steuerregimes für selbstbewohntes Wohneigentum Thema in den dafür zuständigen Kommissionen von Stände- und Nationalrat. (rr)

13

# Ein Drittel ändert Reisepläne



Die Angst vor Terror lässt manchen im Inland Ferien machen: Ein Mann taucht im Lago Maggiore. Bild: Pablo Gianinazzi/Keystone (Ascona, 4. Juli 2015)

**Sicherheit** Die Terroranschläge im Ausland beeinflussen das Reiseverhalten der Schweizer. Das hat die Studie «Sicherheit 2017» der Militärakademie und des Center for Security Studies der ETH Zürich ergeben, die gestern vorgestellt worden ist. Dafür waren im Januar gut 1200 Stimmberechtigte befragt worden. Fast ein

Drittel der Befragten gab an, dass Terroranschläge in den vergangenen zwei Jahren einen Effekt hatten auf ihre Ferienplanung.

Von diesen sagten wiederum 75 Prozent, dass sie Länder gemieden hätten, in denen kurz zuvor ein Anschlag verübt worden war. 40 Prozent blieben aufgrund der Terrorgefahr in Europa, und

12 Prozent gaben sogar an, dass sie deswegen nur noch Ferien in der Schweiz machten.

### «Sensibilität hat markant zugenommen»

Die Studienergebnisse der ETH-Forscher decken sich mit den Beobachtungen von Urs Wagenseil, Professor am Institut für Touris-

muswirtschaft an der Hochschule Luzern. «Die Sensibilität gegenüber dem Thema «Sicherheit beim Reisen» hat in den vergangenen Jahren markant zugenommen», sagt er.

Trotzdem fühlen sich laut der Studie heute 93 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer im Allgemeinen sicher. (red) 3

## Bund erhöht Preis um 1 Milliarde

**Tiefbahnhof Luzern** Zentralschweizer sind alarmiert: Der Bahnausbau soll viel mehr kosten als bisher geplant. Sie wittern eine Taktik, um den Tiefbahnhof zu verhindern.

Der Durchgangsbahnhof Luzern hat bei Bund und SBB einen schweren Stand. Der Nutzen für den Bahnverkehr sei nicht gross genug, so das Argument (Ausgabe von gestern). Untermauert wird diese ablehnende Haltung nun durch Zahlen des Bundesamts für Verkehr (BAV). Dort wird der Preis für einen Luzerner Durchgangsbahnhof mit 3,34 Milliarden Franken angegeben. Bisher war immer von 2,4 Milliarden Franken die Rede – basierend auf Berechnungen des Kantons Luzern. Der Grund für

«Wir lassen uns nicht irritieren.»

**Damian Müller**  
FDP-Ständerat Luzern

diese Preissteigerung ist unter anderem, dass der Bund zu den effektiven Baukosten noch weitere Ausbaukosten dazurechnet, die indirekt in Zusammenhang mit dem Durchgangsbahnhof stehen.

Karin Blättler, Präsidentin von Pro-Bahn-Sektion Zentralschweiz, befürchtet, dass es bei den steigenden Kosten immer schwieriger werden wird, eine parlamentarische Mehrheit zu finden. Bahnexperte Walter von Andrian sieht das ähnlich: «Alle paar Monate wird das Projekt teu-

rer. Mir scheint es, als ob das BAV nur einen Grund sucht, den Tiefbahnhof abzusagen.» Der Kostenrahmen des BAV für den Ausbauschritt 2035 beträgt 5 Milliarden Franken – und von diesem Topf sollen auch noch weitere Projekte finanziert werden.

Der Luzerner FDP-Ständerat Damian Müller sagt: «Wir lassen uns nicht von der Zahlenspielerlei des BAV irritieren. Die Parlamentarier werden das Projekt genau studieren und merken, welche Teilprojekte mit den Kosten gedeckt werden sollen.» (mod) 19

Kommentar

## Sich nur mal beschnuppern

**Man kann mit Donald Trump uneinig sein – in einem Punkt ist seine Haltung nachvollziehbar:** Der US-Präsident hält nicht sehr viel vom Treffen der angeblich sieben grössten Industrienationen, bei denen zwei der drei mächtigsten Länder fehlen. China ist schon gar nie in den Klub aufgenommen worden. Und Russland, das früher Mitglied war, wurde 2014 nach der Annexion der Krim rausgeworfen. Wichtiger als der G7- wird deshalb der G20-Gipfel im Juli in Hamburg sein.

Sicher: Es wäre auch ohne China und Russland kein Schaden, wenn die USA, Japan, Deutschland, Kanada, Grossbritannien, Frankreich und Italien in so wichtigen Themen wie Migration, Handel und Klimaschutz mit einer Stimme sprächen. Das taten sie aber schon selten, bevor Trump zum Präsidenten gewählt worden ist. Mit dem in den meisten der angesprochenen Bereichen ahnungslosen Immobilien-Tycoon wird eine gemeinsame Haltung von vornherein illusorisch.

Bescheiden sind auch die Erwartungen an das diesjährige Treffen: Der G7-Gipfel von Taormina würde schon als Erfolg gewertet, wenn es keine Rückschritte gegenüber dem letzten Treffen gibt. Neben dem gegenseitigen Beschnuppern besteht das Ziel von sechs Gipfelteilnehmern vorwiegend darin, den siebenten – Trump – zumindest teilweise einzubinden und von der Güte ihrer Argumente zu überzeugen. Weil neben Trump auch Gastgeber Paolo Gentiloni, Emmanuel Macron und Theresa May erstmals an einem solchen Anlass teilnehmen, wird der diesjährige G7-Gipfel immerhin den Vorteil haben, dass die Neuen ihre Positionen darlegen können. Nach dem Motto: Schön, dass wir darüber geredet haben.



**Damian Müller**, Taormina  
nachrichten@luzernerzeitung.ch



## Jetzt wird um Zahlen gekämpft

**Verkehr** Gemäss Bund soll der Luzerner Durchgangsbahnhof 3,34 Milliarden Franken kosten. Der Kanton rechnete bloss mit 2,4 Milliarden. Zentralschweizer kritisieren den Bund für seine «Zahlenspielererei».

**Martina Odermatt**  
martina.odermatt@luzernerzeitung.ch

Die Berechnungen des Bundesamts für Verkehr (BAV) bergen Zündstoff. Das Bundesamt veranschlagt nämlich die Kosten für einen Luzerner Durchgangsbahnhof auf 3,34 Milliarden Franken. Die bisherigen Schätzungen des Kantons Luzern gingen immer von 2,4 Milliarden aus. Doch der Bund zählt auch Zufahrtsstrecken und weitere Ausbauprojekte zum Bau des Tiefbahnhofs dazu.

Der Fahrgastverband Pro Bahn Zentralschweiz kritisiert die vom Bund genannten Kosten. «Offenbar enthalten die Modulkosten beim Durchgangsbahnhof und beim Zimmerbergtunnel Elemente, die nicht zum eigentlichen Vorhaben gehören», heisst es in einer Mitteilung. Pro Bahn wittert darin eine bewusste Taktik, um die Chancen für den Tiefbahnhof zu schmälern. Denn: Bei anderen Ausbauprojekten, etwa in Zürich-Stadelhofen, seien allein die Kosten für das Kernprojekt angegeben – womit der Preis logischerweise tiefer ist.

### Hoffnung auf Mehrheit schwindet

Das BAV hat einen Kostenrahmen von insgesamt 5 Milliarden Franken für den Ausbau des Bahnnetzes zwischen 2030 und 2035. Neben Luzerner Tiefbahnhof und Zimmerbergtunnel buhlen noch andere Ausbauprojekte, etwa am Lötschberg oder Neuenburg-La Chaux-de-Fonds, um Unterstützung. Dabei ist klar: Je teurer ein Projekt, desto kleiner die Chancen, dass es in den 5-Milliarden-Topf aufgenommen wird. Karin Blättler, Präsidentin von Pro Bahn Zentralschweiz, ärgert sich: «Wir finden es nicht fair, dass der Bahnhof immer teu-



Das Nadelöhr bei der Bahnhofzufahrt. Ein Tiefbahnhof soll Abhilfe schaffen.

Bild: Reportair

rer wird. Das Projekt wird so verunmöglichert.» Sie erwarte von einer Behörde, dass diese sauber, seriös und fair vergleiche und Module erarbeite, die mehrheitsfähig seien. Dass der Tiefbahnhof noch andere Ausbauprojekte nach sich zieht, versteht Blättler. «Aber dann soll man dies auch klar so deklarieren und zwei Kostentpunkte daraus machen.»

Blättler befürchtet, dass das Projekt mit solch hohen Kosten im Parlament nicht mehrheitsfähig ist. Ähnlich klingt es bei Walter von Andrian, Chefredaktor der «Eisenbahn-Revue». «Alle paar Monate wird das Projekt teurer. Mir scheint es, als ob das BAV nur einen Grund sucht, den Tiefbahnhof abzusagen.»

**Der Luzerner FDP-Ständerat Damian Müller wiegelt derweil ab. «Wir lassen uns nicht von der Zahlenspielererei des BAV irritieren. Die Parlamentarier werden das Projekt genau studieren und merken, welche Teilprojekte mit den Kosten gedeckt werden sollen.»** Beim BAV heisst es, dass der Bahnausbau

«Wir finden es nicht fair, dass der Bahnhof immer teurer wird.»

**Karin Blättler**  
Pro Bahn Zentralschweiz

2030/2035 einen möglichst hohen Nutzen für das ganze Land bieten soll. «Die Projekte müssen so ausgestaltet sein, dass die Verbesserung ihre ganze Auswirkung entfalten kann», sagt Sprecherin Florence Pictet. Daher müsse man auch auf die Zufahrtsstrecken achten und, wenn nötig, diese entsprechend ausbauen. Den Vorwurf, dass bei Konkurrenzprojekten wie dem Bahnhof Stadelhofen nur das «Kernprojekt» in den Kosten aufgeführt sei, weist das BAV zurück. «In den Kosten für den Durchgangsbahnhof, den Zimmerbergtunnel und den Bahnhof Stadelhofen sind das Kernprojekt und weitere Massnahmen inbegriffen», so Florence Pictet.

### Mehr Züge nach Zürich – ohne Tiefbahnhof?

Für Irritationen sorgen auch die neuesten Pläne der SBB, einen Viertelstundentakt Luzern-Zürich einzuführen – und das ohne Tiefbahnhof (Ausgabe von gestern). Wie sie das bewerkstelligen wollen, ohne bestehende Verbindungen zu reduzieren, das bleibt offen. Für eine entsprechende Anfrage war bei den Bundesbahnen gestern niemand erreichbar.

Walter von Andrian kann sich nicht vorstellen, wie die SBB dieses Konzept umsetzen wollen. «Ich habe grösste Zweifel, ob ein Viertelstundentakt nach Zürich ohne Tiefbahnhof stabil machbar ist», so der Luzerner Bahnexperte. Das Verkehrsaufkommen von Ebikon und vom Gütsch her sei «gigantisch», ausserdem brauche man zusätzliche Perrongleise. «Der Tiefbahnhof würde bei allen drei Punkten Abhilfe schaffen.» Versuche man eine Lösung ohne Tiefbahnhof umzusetzen, so sei dies ein «Flickwerk ohne Ende».

## Budget: Es geht um alles oder nichts

**Luzern** Entweder spart der Kanton 40 Millionen Franken – oder es gibt für dieses Jahr kein rechtskonformes Budget. Ein Experte appelliert an die besondere Verantwortung der Luzerner Parteien.

So angespannt wie nach dem Volks-Nein zur Steuerfusserhöhung vom letzten Sonntag war die finanzielle Lage des Kantons Luzern noch nie. Seit Anfang Jahr befindet er sich im budgetlosen Zustand. Nur die notwendigsten Ausgaben können getätigt werden. Dieser Zustand kann erst Mitte September aufgelöst werden – unter der Voraussetzung, dass das Parlament ein rechtskonformes Budget verabschiedet. Für etwas Entspannung könnte eine weitere Lockerung der Schuldenbremse sorgen. Eine erste Lockerung gilt seit letztem Dezember. Doch ist das überhaupt möglich?

Laut Grünen-Kantonsrat Michael Töngi wird für dieses Jahr die Zeit nicht mehr reichen. Gemäss Einschätzung der Grünen

braucht es nämlich zwei Lesungen durch den Kantonsrat und 60 Tage Referendumsfrist.

### Über acht Monate wären nötig

Hansjörg Kaufmann, Leiter der Dienststelle Finanzen, bestätigt auf Anfrage: «Entweder das Parlament einigt sich im September auf die von der Regierung vorgeschlagenen Sparmassnahmen, um die fehlenden 40 Millionen Franken fürs Budget 2017 aufzutreiben – oder es verabschiedet ein Budget 2017, das nicht rechtskonform ist.» Denn um die Schuldenbremse erneut anzutasten, reicht die Zeit nicht. Kaufmann erinnert an die bereits verabschiedete Lockerung der Schuldenbremse für das Budget 2017 im Rahmen des Konsolidierungs-

programms 2017: Im April 2016 verabschiedete die Regierung die Botschaft, im Juni und im September wurde sie im Kantonsrat beraten – schliesslich konnte die Lockerung der Schuldenbremse nach einer 60-tägigen Referendumsfrist am 1. Dezember 2016 in Kraft treten. Und Kaufmann erinnert an das Recht – und nunmehr besonders an die Pflicht – des Kantonsrats, ein rechtskonformes Budget zu verabschieden.

Doch die Fronten unter den Parteien sind verhärtet. Die SVP erwartet von der Regierung klare Vorschläge für Sparmassnahmen. Franz Räber, FDP-Kantonsrat und Mitglied der Planungs- und Finanzkommission (PFK), sagt: «Selbst wenn noch an der Schuldenbremse gedreht werden könnte, würden wir dies ableh-

### Neues Gesetz gefordert

An der Junisession werden die Grünen im Kantonsrat eine **Motion für eine Revision des Steuergesetzes** einreichen. Dies, «um bei den Vermögenssteuern, der Progression der Einkommenssteuern, der Unternehmenssteuer und der Dividendenbesteuerung unser Steuergesetz gerechter zu machen», wie die Grünen in einer Medienmitteilung schreiben.

Die Tabellen im Finanzleitbild würden für sich sprechen: «Sie zeigen, dass hohe Einkommen und Kapital im Kanton Luzern geschont werden, untere Einkommen stärker belastet sind.» Ansonsten sei das Leitbild seit der Abstimmung Makulatur. (avd)

nen.» Das heisst: Die FDP wird sich für Sparmassnahmen aussprechen, die weh tun. Auch die CVP begrüsst einen Sparkurs.

Für die Grünen wiederum gibt es nur eine Lösung, wie Michael Töngi sagt: «Ein Budget verabschieden, das die Schuldenbremse nicht einhält.» Denn die Bereitschaft, dass die Grünen Sparmassnahmen mittragen, «ist gleich null», stellt er klar. Dasselbe hat auch die SP signalisiert. Die PFK des Kantonsrats wird sich nächste Woche treffen, vertritt Kommissionspräsident Marcel Omlin (SVP).

Klar ist: Sollte ein Budget verabschiedet werden, das nicht rechtskonform ist, «wäre das ein staatsrechtlicher Krisenfall», wie Paul Richli, emeritierter Professor für öffentliches Recht, erklär-

te. Was hiesse das konkret? Finanziell wäre der Kanton vom Korsett befreit, Klagemöglichkeiten dagegen gäbe es keine, weil niemand dadurch in seiner Rechtsstellung tangiert werde, sagt Richli. «Aber es wäre ein Zeichen, dass die Politik ihre Verantwortung nicht wahrnimmt, indem sie sich über geltende Gesetze, also über eine gesetzliche Selbstbindung, hinwegsetzt.» Das könne nur einigermassen legitimiert werden, indem die Politik dafür Sorge, dass ein solcher Fall nicht wieder geschieht beziehungsweise dass eine gesetzliche Ausnahmeregelung für den zeitlichen Notfall eingeführt werde.

**Alexander von Däniken**  
alexander.vondaniken@luzernerzeitung.ch